

Rechtsradikale

Druck auf Reps

Baden-Württembergs Innenminister Frieder Birzele (SPD) droht Beamten, die bei den Republikanern aktiv sind, mit Disziplinarmaßnahmen

SPIEGEL: Wollen Sie ein Berufsverbot für Republikaner?
Birzele: Wenn festgestellt wird, daß die Republikaner eine verfassungsfeindliche Partei sind, hat dies Konsequenzen: Personen, die sich aktiv für die Ziele der Republikaner betätigen, gehören nicht in den Öffentlichen Dienst.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht eine neue Radikalerlaß-Debatte?

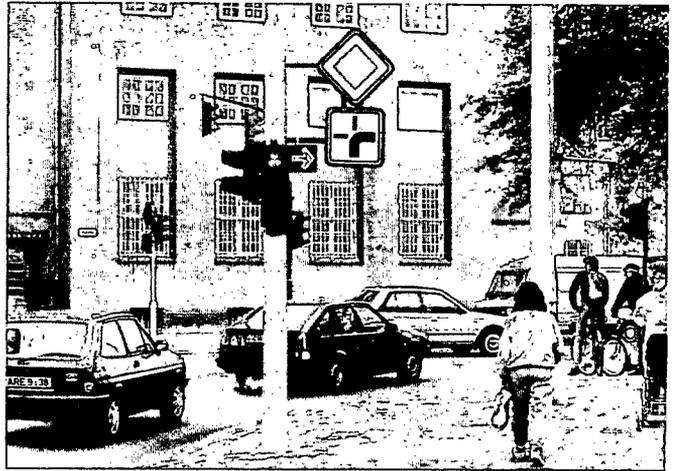
Birzele: Nein. Der Radikalerlaß von 1972 hat ja festgelegt, daß bereits die bloße Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlich eingestuften Partei zum Rausschmiß aus dem Öffentlichen Dienst führt. Mir geht es jetzt aber nicht um die bloße Mitgliedschaft, sondern um den aktiven Einsatz gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat unlängst festgestellt, daß es ganz massive Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bei den Republikanern gibt.

SPIEGEL: Wen wollen Sie disziplinieren?

Birzele: Rep-Parteifunktionäre, Kandidaten für den Bundestag, die Landtage und die Kreis- oder Kommunalparlamente.



Birzele



Ampelanlage, Grüner Pfeil

Grüner Pfeil

Wachsender Widerspruch

Die von Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann angestrebte generelle Einführung des Grünen Pfeils, durch den nach DDR-Vorbild Rechtsabbiegen auch bei roter Ampel erlaubt sein soll, stößt zunehmend auf Widerspruch. Seit längerem schon protestieren Fußgänger-, Behinderten- und Radfahrerinitiativen gegen die geplante Verkehrsregel, die ihrer Ansicht nach Autofahrer beim Rechtsabbiegen zur Unachtsamkeit veranlassen und die Zahl der Unfallopfer erheblich erhöhen würde. Schon in der ehemaligen DDR, das belegen Statistiken, starben relativ mehr Fußgänger bei Verkehrsunfällen als in der Bundesrepublik und das, ob-

wohl der Kraftfahrzeugbestand pro Kopf nicht einmal halb so groß war. Jetzt haben die Pfeil-Gegner neue Argumente erhalten. Der Architekt und Lehrbeauftragte für Semiotik (Wissenschaft von den Zeichen) an der TU Berlin, Norbert Reimann, weist Politiker aller Parteien darauf hin, daß ein grüner Pfeil auch aus „semiotischer Sicht ein großer Fehler“ wäre: „Generationen von Autofahrern“ assoziierten damit ein Vorrecht; denn „Grün ist nun mal die Farbe für freie Fahrt“. Reimanns Gegenvorschlag: Der Pfeil müsse, wenn er überhaupt eingeführt werde, gelb sein, weil diese Farbe „Achtung“ und damit Rücksichtnahme auf Radler und Fußgänger signalisiere. Verkehrsexperten aus Union und PDS wollen Reimanns Pfeil-Idee nun in ihre Beratungen einbeziehen.

Ladendiebe

Elektrische Schläge

Pranger und Prügel – das hätten Ladendiebe womöglich zu erwarten, wenn die zahlende Kundschaft über eine Bestrafung der Klauer bestimmen dürfte. Bei einer Umfrage des Einzelhandelsverbandes im westfälischen Minden stimmten fast 90 Prozent der 3000 Befragten zunächst für Vorkehrungen gegen den Ladenklau: Privatsheriffs, Kameras und Alarmanlagen. Doch auf die Frage nach weiteren Ideen erklärten zahlreiche Kunden, sie würden die Täter „an den Pranger stellen“ und „Fotos von Ladendieben aushängen“. Andere forderten, Dieben mit dem „Stock auf Hand und Unterarm“ zu schlagen, empfahlen „Hausverbot +

Anzeige + Prügel“ oder schlicht „elektrische Schläge“. Der Kaufhauskonzern Karstadt plant ähnliche Befragungen jetzt auch in anderen Städten.

Gegendarstellung

In der Zeitschrift DER SPIEGEL, Heft 35/1993 vom 30. August 1993, werden auf Seite 63 unter der Überschrift „Minister – Geld fürs Tapetenmuseum“ folgende Behauptungen über mich aufgestellt:

Ich hätte ein Positionspapier zur „Eindämmung des Rechtsextremismus“, das schon letzten Winter unter Führung des Innenstaatssekretärs entstanden sei, bis zum Sommer in meinem Schreibtisch liegenlassen. Zugleich hätte ich einem Programm, das Materialien über den Rechtsextremismus entwickeln sollte, die vorgesehenen Mittel gestrichen und mit dem Geld – 100 000 Mark – statt des-

sen das Tapetenmuseum in Kassel gefördert.

Hierzu stelle ich fest:

Der im März 1993 fertiggestellte Bericht zur „Eindämmung des Rechtsextremismus und seiner Ursachen“ ist aufgrund von Änderungswünschen der Staatskanzlei und der Ressorts in den Monaten April und Mai überarbeitet und im Juni von der Hessischen Landesregierung beschlossen worden. Ich habe keinerlei Mittel für ein Programm, das Materialien über den Rechtsextremismus entwickeln sollte, zugunsten der Förderung des Tapetenmuseums in Kassel gestrichen.

Wiesbaden, den 6. September 1993

Der Hessische Ministerpräsident
Hans Eichel